Gegen Krieg, Krise & Kapitalismus – one solution – REVOLUTION!

7 Tage antikapitalistisches Sommercamp

Dieses Transpi begrüßte die Teilnehmer*innen, die den Zeltplatz betraten

Vom 22.8 – 28.8 kamen in Berlin revolutionäre Antikapitalist_innen und zusammen um an dem Sommercamp von REVOLUTION, bzw. der Sommerschulung der Gruppe Arbeitermacht und Arbeiter_innenstandpunkt teilzunehmen, sich im Kampf gegen den Kapitalismus auszutauschen, zu vernetzen und weiterzubilden.

Durch die Mischung aus jungen Symphatisant_innen bis hin zu erfahrenen und langjährigen Revolutionär_innen, sowie verschiedensten internationalen Gästen, entstand eine besondere und spannende Atmosphäre. Tagsüber tauschten wir uns in Workshops aus, diskutieren die verschiedensten Themen und brachten uns gegenseitig weiter. Abends entspannten wir am Feuer, schauten Filme oder hörten Musik. Gleichzeitig übten wir uns in gegenseitiger Solidarität, beispielsweise bei der reibungslosen Einteilung von Auf – und Abbau, Nachtwache, Spülen oder Kloputzen.

Das Programm hätte kaum breiter aufgestellt sein können: Vorträge zu den verschiedenen Imperialmächten, Workshops zur Krise und Arbeiter_innenklasse, Geschichtsanalysen, Seminare zu marxistischer Theorie, Podiumsdiskussionen und praxisbezogene Übungen waren nur ein Teil des fast 100 Veranstaltungspunkte umfassenden Programms, welches sowohl für Anfänger, als auch für Alteingesessene entsprechende Niveaus

bot.

Wichtig ist für uns aber nicht nur die Beschäftigung mit der kapitalistischen Welt und wie wir eine revolutionäre Perspektive möglich machen können, sondern auch Selbstreflexion innerhalb der Organisation. So kamen wir zur Halbzeit des Camps im getrenntgeschlechtlichen Frauencaucus und antisexistischen Männertreffen zusammen, um über sexistisches Verhalten innerhalb der Organisation zu reden und Selbstkritik zu üben. Die hierbei von vielen empfundenen Fortschritte bestätigen und berechtigen diese Treffen – eine klassenlose Gesellschaft kann nur durch viel Erfahrung und Austausch errichtet werden. Die Seminare zu Rassismus und Sexismus können den Genoss_innen helfen, eigenes, aus der bürgerlichen Gesellschaft angewöhntes, Fehlverhalten zu erkennen und darauf zu reagieren.

Genoss*innen diskutieren am Lagerfeuer

Während des Camps flammten in Berlin erneut die Flüchtlingsproteste auf, nachdem der Senat das den Flüchtlingen vom Oranienplatz gegebene Versprechen, einer sechsmonatigen Aufenthaltsgenehmigung, nach bereits vier Monaten brach. So fuhren wir abends spontan mit 25 Genoss_innen nach Kreuzberg, wo wir bei der Solidaritätsdemo den ersten Block stellten und der Demo eine Struktur gaben. Trotz des massiven Bullenaufgebot und der Verweigerung an der Gerhart-Hauptmann-Schule vorbei zu ziehen, konnte die Demo lautstark zu Ende gebracht werden. Tags drauf fand eine weitere Demo am Oranienplatz statt, die wir ebenfalls tatkräftig unterstützten Im Ganzen war das Camp ein großer Erfolg für unsere Organisation – nicht nur das wir uns und andere weiterbildeten, es war auch wichtig zur Vernetzung. Vor allem konnten kommende Themenfelder und unsere zukünftige politische Arbeit gemeinsam geplant werden.

Wir sagen DANKE an alle teilnehmenden Organisationen, den Zeltlager e.V. Heiligensee der Falken, Gäste und kulturelle Unterhalter_innen, Organisator_innen und Referent_innen, die dazu beigetragen haben, dass aus dem Camp das wurde, was es war!

Die Angriffe enden, der Krieg geht weiter – Bilanz des Gaza-Krieges 2014

„The IDF's campaign has not been concluded." steht auf den Flugblättern, die die israelische Armee (Israel Defence Force) über Gaza abwirft, bevor sie die Häuser bombardiert. Trotzdem einigten sich die palästinensische und die israelische Regierung am Dienstag, den 26.08.14 auf eine unbefristete Waffenruhe. In ihrem „Final Showdown" zerstörte die IDF mehrstöckige Wohnhäuser, natürlich wieder unter dem Vorwand, diese hätten der Hamas als Versteck gedient.

Tatsächlich handelt es sich dabei jedoch um gezielte Angriffe auf die spärliche palästinensische Infrastruktur. Im Fall der Hochhäuser wurden die Büros des Ministeriums für Wohnungsbau getroffen[1].



Flugblatt der IDF

Während des letzten Gaza-Krieges kamen mehr als 2000 Palästinenser_innen ums Leben, dreiviertel davon waren Zivilist_innen und unter diesen 500 Kinder. Insgesamt gab es über 11.000 Verletzte. 100.000 Palästinenser_innen sind obdachlos, teilweise kommt es zu 18 Stunden Stromausfall pro Tag und nur 10% der Bevölkerung hat Zugang zu fließendem Wasser[2].

Auf israelischer Seite starben 64 Soldat_innen und 4 Zivilist_innen.

Gnädigerweise soll die nun die Grenze zum Gaza-Streifen für humanitäre Güter und Baumaterial geöffnet und die Fischfangzone am Mittelmeer um 6 Meilen ausgeweitet werden. Das Baumaterial gibt's zwar nicht gratis, aber

wer denkt, dass die israelische Regierung eventuell auch noch Profit aus dem Bombardement machen möchte, der_die ist sowieso, naja ihr wisst schon, Antisemit_in.

Viele Israelis erschienen auf Grund der Sicherheitslage nicht an ihrem Arbeitsplatz, was in der dritten Woche des Konflikts bereits 130 Millionen Dollar Schaden verursachte. Als Konsequenz des Konfliktes will die israelische Regierung nun mehr Geld in das Militär investieren und gleichzeitig in zivilen Sektoren Geld sparen[3].

Eine weitere Einnahmequelle könnten auch die 400 Hektar Land im Westjordanland werden, die sich Israel eine Woche nach der Waffenruhe angeeignet hat.

Der Landraub läuft dort unter dem Gesetz zur „Erklärung zu Staatsland“, ein Relikt aus der Zeit des osmanischen Reiches[4].

Im ganzen Konflikt konnten die palästinensischen Verteidigungseinheiten nur einen sehr geringen Erfolg erzielen. Da die Regierung unter Abbas und die zweitgrößte Islamistengruppe „Islamischer Dschihad“ die Verhandlungsvorschläge von Ägypten annahmen, die lediglich eine Waffenruhe und die kurzfristige Lieferung humanitärer Hilfsgüter umfassten, jedoch beispielsweise die Rückstufung der von Israel deklarierten Pufferzonen außer Acht lies, wuchs der Druck auf die Hamas. Um ihre Glaubwürdigkeit und Willensstärke unter Beweis zu stellen, ließen sie in den letzten Tagen des Konflikts mehrere Kämpfer_innen hinrichten, die sie der Kollaboration mit Israel bezichtigten.

Hamas feiert „Sieg“ in Gaza

Auf den Straßen von Gaza wird nun der Sieg über die israelische Armee gefeiert, größenwahnsinnig und realitätsfern wird der Bau eines eigenen Flughafens verkündet und die Beendigung der Besatzung scheint zum Greifen nah. Deshalb möchte sich Präsident Abbas auch am 15. September an den UN-Sicherheitsrat wenden, um dort den genauen Plan für den Abzug

der IDF (Israel Defence Force) auszumachen. Blöd nur, dass die USA dort nach wie vor ein Vetorecht haben.

Doch auch an die nächste Instanz, den Internationalen Strafgerichtshof, hat Abbas schon gedacht. Im Falle einer Untersuchung der Verbrechen in Palästina würden am Ende wahrscheinlich mehr Hamas-Mitglieder als israelische Politiker_innen oder Soldat_innen verurteilt werden würden, da der zionistische Staat viele seiner Verbrechen bisher unter „Selbstverteidigung“ verbuchen konnte.

Die aktuelle Kritik an der israelischen Regierung kommt nicht aus der Friedensbewegung, sondern aus dem nationalistisch-konservativen Lager. Die erhoffte Schwächung der Hamas ist nicht eingetreten, so dass einige Kabinettsmitglieder sogar eine Fortsetzung der Militäroffensive forderten[5].Mit der saubersten Weste kommt jedoch Ägyptens Präsident Al-Sisi aus dem Konflikt heraus, der sich als Friedenstaube hinstellt, nicht zuletzt weil die israelische Regierung an guten Beziehungen zu Kairo interessiert ist und die USA ihm den Rücken stärken. Dass die Beteiligung Ägyptens an der Zerstörung der Versorgungstunnel und die Schließung der Grenzen nicht besser ist als die israelische Blockade des Gazastreifens, wird da schnell vergessen.

Die Waffenruhe trägt sicherlich dazu bei, dass viele Menschenleben gerettet werden können. Jedoch ist es ein Trugschluss zu glauben, dass sie zur Lösung des Nah-Ostkonflikts beiträgt, denn nur weil die Angriffe enden, ist noch nicht das Ende des Krieges erreicht. Die Unterdrückung der Palästinenser_innen in den besetzten Gebieten,aber auch innerhalb Israels, und der Landraub gehen weiter. Nach wie vor gibt es kein Rückkehrrecht für palästinensische Geflüchtete, die mittlerweile auf der ganzen Welt verstreut sind und die angekündigten Investitionen für die israelische Armee sind böse Vorboten für kommende Konflikte. Das erklärte Ziel der Regierung ist es, die „Terroristen“ ein für alle mal zu eliminieren und, da nach zionistischer Definition eigentlich jede_r Palästinenser_in potentiell terroristisch ist, wird der „Kampf gegen den Terror“ bald in eine neue Runde gehen. Nämlich dann, wenn der palästinensische Widerstand, eine dritte Intifada, es nicht schafft, das Apartheids-Regime zu stürzen. Die Öffnung der Grenzen, die

sozialen Angriffe auf die israelische Bevölkerung zu Gunsten der Armee und der zunehmende Druck Ägyptens auf Gaza sind Faktoren, die eines begünstigen können: Die Erkenntnis, wer der wahre Feind ist, nämlich die religiös-fundamentalistische, diktatorische Bourgeoisie im Nahen Osten!

Svenja Spunck, REVOLUTION Berlin

[1] http://www.tagesschau.de/ausland/gaza-427.html

[2] Svenska Dagbladet, 01.09.2014

[3]
http://www.middleeasteye.net/news/israeli-cost-operation-protective-edge-2046309157

[4]
http://www.freunde-palaestinas.de/palaestina-heute/2006-israel-provoziert-und-plant-enteignung-von-400-hektar.html

[5]
http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_70792162/palaestinenser-drohen-israel-rueckzug-oder-strafgericht.html

---

Russland-Sanktionen: Mehr Äpfel müssen von uns gegessen werden!

Kein Kampf ohne Mampf – so lautet die Devise des deutschen Landwirtschaftsministers Christian Schmidt seitdem die Sanktionen Russlands gegen die EU erhoben wurden. Seit einigen Wochen wurde der Import von vielen landwirtschaftlichen Produkten aus der EU gestoppt, es

mangelt in Moskau seitdem stark an Apfelmus. Nach einigen Wochen Selbstversuch hat unser Landwirtschaftsminister jedoch erschreckt feststellen müssen, dass er nicht alle Äpfel alleine essen kann, um unsere Wirtschaft in Schwung zu halten. Mit dem Slogan „Deutsche Äpfel für deutsche Kinder (in deutschen Schulen und deutschen Kindergärten)“ ruft er dazu auf, noch vor dem ersten deutschen Brot am Morgen in einen Apfel zu beißen. Mit der neu gewonnenen körperlichen Gesundung des Volkes ist dann auch gleich die Grundlage für körperliche Ertüchtigung gegeben. Endlich mal einer, der die Lage Ernst nimmt!

Die Front deutscher Äpfel hat sich bisher noch nicht zu diesem Schwenk der Bundesregierung geäußert. Es scheint jedoch, also würde die jahrelange Lobbyarbeit endlich fruchten. Sehen wir dort eine neue schwarz-boskooprote Koalition am Horizont?

Die, die aber tatsächlich in den sauren Apfel beißen werden durch diese Sanktionen, sind nicht die deutschen Kartoffeln, sondern die polnischen Bauern und Bäuerinnen. Die bisher exportierten 500.000 Tonnen passen auf keinen Apfelkuchen. Oma Nadia dazu empört „Ich fühle mich veräppelt!“

Die 20.000 Tonnen aus Deutschland sind nichts dagegen. Trotzdem kommt unser Minister nicht nur mit einem plumpen Spruch wie „Äpfel essen gegen Putin“ daher, sondern bietet auch gleich praktische Vorschläge.

Christian Schmidt hat einen guten Anfang gemacht, denn Äpfel sind sehr vielseitig. Wir wäre es mit staatlicher angeordneter Apfelbong, einen Liter Apfelmost pro Tag oder zumindest bei jeder CSU-Versammlung, Apfelwurst (Rezept auf www.chefkoch.de) und zum Glück ist auch die Zeit für Bratäpfel bald gekommen. Auch faulige Äpfel als C-Waffen oder Granatäpfel gegen Russland zu verwenden wäre eine Idee, aber hier will ja keiner Krieg, oder?

Auf den letzten deutschen Apfel, der sich nach Mallorca exportierte, können wir jedoch gerne verzichten. Lieber Holger, nicht jeder trifft so gut wie Wilhelm Tell.

Die drei ???, REVOLUTION-Berlin

NATO-Militarismus befeuert Kriegsstimmung

In den kommenden Tagen wird der NATO-Gipfel in England, Wales stattfinden. GenossInnen von REVOLUTION aus Deutschland, Österreich und Grossbritannien werden sich an den Gegenprotesten beteiligen, um den Kampf gegen Krieg, Militarisierung, Imperialismus und fuer den Sozialismus auf die Strasse zu tragen.Am 4. und 5. September wird der NATO-Gipfel in Newport, Wales stattfinden. Die FührerInnen der 28 Mitgliedsstaaten der mächtigsten Militärallianz der Welt werden sich treffen, um eine neue Runde der Militarisierung und Konflikte in der Nachwelt des „Krieges gegen den Terror“ vorzubereiten.

Stop the War und viele andere sozialistische und ArbeiterInnenorganisationen rufen in der kommenden Woche zu Massenprotesten unter dem Slogan „Nein zur NATO, Nein zu neuen Kriegen“ auf.

Auf dem Weg zu einem neuen Kalten Krieg

An dem NATO-Gipfel werden sich 67 Staatsoberhäupter und RegierungsvertreterInnen beteiligen, um über einen „Readiness Action Plan“ zu diskutieren. Der Gifpelplan spricht von einer „Achse der Krise“, die die Allianz umgibt. Diese „Achse der Krise“ ist eine Beschönigung für die Kriege und die Instabilität, die durch die Kriege und „Interventionen“ der NATO in den letzten 20 Jahren geführt wurden.

Ganz oben auf der Tagesordnung des Gipfels steht die vermeintliche Bedrohung Russlands.

Der einzige Regierungschef der kein Vertreter der Mitgliedsstaaten ist, ist der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko. Ein Zeichen für die

strategische Wichtigkeit der Ukraine für den sich verschärfenden Konflikt mit Russland.

Am 29. August brachte das ukrainische Kabinett ein Gesetz ins Parlament ein, dass ein Ende der Neutralität der Ukraine und den Betritt zur NATO ebnet. Die Instabilität in der Ukraine – und der Versuch der USA eine föderale Kompromisslösung zwischen Deutschland und Russland im Bürgerkrieg zu finden führt gleichzeitig zu größeren Spannungen innerhalb der NATO selbst. Der deutsch-französische Flügel der große ökonomische und militärische Verbindungen mit Russland pflegt, ist gegen eine unmittelbare Integration der Ukraine in die NATO und die EU, die ihre Kooperation mit dem Regime Putins unterbinden würde.

Andererseits machen Polen und die baltischen Staaten Druck, um eine höhere NATO-Präsenz in den östlichen NATO-Ländern herbeizuführen.

Eine neue politische Periode hat die Ereignisse in der Ukraine befeuert. Sie ist gekennzeichnet durch steigende imperialistische Spannungen in Europa, dem nahen Osten, Asien und auch Afrika. Die gesteigerte Aggressivität Amerikas – mit ihrem allzeit getreuen Juniorpartner Großbritannien – ist darauf versessen die neuen Konkurrenten Russland und China einzukreisen und zu schwächen. Tatsächlich bringen diese Aggressionen China und Russland näher zusammen und schaffen eine neue Allianz von Staaten, die sich von der bisherigen militärischen, politischen oder ökonomischen Dominanz des US-Imperialismus zu „befreien“.

Stopp dem Militarismus – Nein zu neuen Kriegen

Auf dem NATO-Gipfel werden die USA und ihre Verbündeten wie Polen versuchen die europäischen Länder drängen ihr Engagement in der NATO durch erhöhte Militärausgaben und Truppenvergrößerungen zu beweisen , um den USA zu erlauben einige der Kosten ihrer internationalen „Interessen“ auf ihre Verbündeten zu übertragen.

Anders Fogh Rasmussen, der Generalsekretär der NATO machte dies in einem Interview für „Prospect“ (15. Mai) klar, als er sagte:

„Wir können es uns nicht leisten Europa zu demilitarisieren wahrend sich Russland bewaffnet und massenhaft Truppen an der ukrainischen grenze sammelt.“ Er fügte hinzu „Die Kürzungen müssen stoppen.“ Womit er die Kürzungen im Militärhaushalt meinte und nicht die Kürzungen im Sozialbereich meinte – die „berechtigt“ sind.

Er befürwortet, dass die NATO mittlerweile mehr Schiffe auf See, mehr Flugzeuge in der Luft und mehr Übungen auf dem Land“ mobilisiert und „mehr Militärkooperation, einschließlich Verteidigungsreformen und Modernisierungen zugestimmt“ hat.

Der Hintergrund für gesteigerte Ausgaben ist die Instabilität und die militärischen Spannungen, die durch den US-finanzierten Umsturz der pro-russischen Regierung in der Ukraine befördert wurden.

Das hatte den gewollten Effekt zur Folge, dass die NATO zum ersten mal erheblich Truppen in Militärbasen in Polen und den baltischen Staaten stationiert.

Die NATO-Propaganda verkauft sich selbst als ein Instrument des Friedens und der Stabilität in Europa. Während kein europaeischer Mitgliedsstaat von einem anderen angegriffen wurde, hat die NATO etliche Länder außerhalb Europas bekriegt.

Tatsächlich ist die NATO ein Werkzeug der US-Außenpolitik. Sein Zweck ist es andere Länder an die Interessen der USA zu binden. Interessen, die vor allem darauf abzielen, ein Aufkommen von geopolitischen Rivalen zu verhindern.

20 Jahre nach dem Kalten Krieg können wir eine neue Runde der militärischen Eskalation und Konfrontation sehen – ein neuer Kalter Krieg, der die Gefahr in sich birgt „heiß“ zu werden, während die rivalisierenden Mächte darum kämpfen die Welt neu unter sich aufzuteilen, um sie ausbeuten zu können.

Wir müssen uns gegen diese neue Kriegsstimmung stemmen und die Gefahr neuer zerstörerischer Kriege.

Auf dem NATO-Gipfel 2014 werden die WeltführerInnen, die mehr Länder angegriffen und mehr Menschen als alle schäbigen „kleinen“ Diktatoren umgebracht haben, über „Frieden“ und „Sicherheit“ reden. Die Wahrheit ist, das die einzige „Sicherheit“, die sie wollen, die Sicherheit ihrer Dominanz über die Welt ist. Der „Frieden“, den sie der Welt aufzwingen, der zu Millionen Toten durch NATO-Bomben und Kugeln führt, ist ein Friedhofsfrieden.

Die heutige Situation fordert nicht nur die Solidarität mit dem antifaschistischen Widerstand in der Ukraine, sondern auch der Propaganda entgegenzuwirken, dass die Ukraine ein ganz spezielles Opfer russischer Aggression sei, just in dem Moment wo die Ukraine unter die imperialistische Kontrolle der USA und der EU zu fallen scheint.

Vor allem bedeutet es die Antikriegsbewegung in Europa und weltweit wiederzubeleben. Wir brauchen Mobilisierungen von Millionen wie gegen die US und NATO-Kriege gegen Afghanistan und den Irak.

Wir unterstützen die Initiative von Stop the War und den Aufruf für Gegenproteste gegen den NATO-Gipfel in Newport, als ein wichtiges Moment eine neue Bewegung aufzubauen. Wir müssen Kampagnen in die Gewerkschaften, in die Schulen und an die Universitäten tragen, um hunderttausende gegen den krieg und Militärallianzen wie die NATO auf die Straße zu bringen.

- Nein zu NATO-Bombardierungen wie im Irak!
- Für die Schließung der NATO-Basen, die Niederlage und den Rückzug ihrer Truppen!
- Nieder mit der NATO – Gegen eine Erweiterung der NATO auf die Ukraine!

Krieg dem Krieg, lasst uns die imperialistischen Kriege in sozialistische Revolutionen gegen die herrschende Ordnung verwandeln.

Aufruf von REVOLUTION und Workers Power gegen den NATO-Gipfel

Die Refugee-Proteste in Berlin flammen wieder auf!

Im Frühjahr 2014 verließen die Refugees den besetzten Oranienplatz in Berlin Kreuzberg. Der Senat hatte ihnen ein scheinheiliges Angebot gemacht, wonach ihre Asylanträge erneut geprüft werden sollten und ihnen bessere Unterkünfte versprochen wurden. Schon damals sollte so die gesamte Bewegung gespalten werden. Nach monatelangem Campieren unter miserablen Umständen war es verständlich, dass sich einige Refugees auf diesen Kompromiss einließen. Der politische Protest war nicht stark genug und ihm fehlte die Verankerung in der breiten Gesellschaft, um die Forderungen nach dem Recht auf Arbeit, Abschaffung der Lager, der Residenzpflicht und das Bleiberecht durchzusetzen.
Am O-Platz wurde lediglich ein Infozelt errichtet und die besetzte Schule in der Olauer-Straße wurde tagelang von der Polizei belagert, was vorerst zu einem Rückgang der Bewegung führte.
Doch jetzt sollten die Refugees sogar aus den neuen Unterkünften geräumt werden, was wieder einmal den verräterischen und rassistischen Charakter der Regierung entlarvt. Es kam zu einem erneuten Versuch, den O-Platz zu besetzen. Mehrere Menschen wurden dabei verhaftet und ein junger Mann sah in seiner Verzweiflung keinen anderen Ausweg, als sich mit Benzin zu übergießen. Zum Glück konnte es verhindert werden, dass er sich schwere Verletzungen zuzog.
Zur spontanen Demonstration am Abend kamen ca.800 Aktivist_innen, die sich mit den Refugees solidarisierten. Laut und kämpferisch zogen wir durch die Straßen von Kreuzberg und ließen uns nicht durch das Polizeiaufgebot aufhalten. Parolen wie „Hinter dem Rassismus steht das Kapital – der Kampf um Befreiung ist international!“ oder „Um Europa keine Mauer – Bleiberecht für alle und auf Dauer!“ zeigen deutlich, dass nur der antikapitalistische Kampf eine Perspektive für die Refugees bietet.

Wir von REVOLUTION solidarisieren uns mit den Refugee-Protesten und unterstützen den Kampf der Geflüchteten um ihre Forderungen. Doch er darf nicht isoliert bleiben. Heute sind es nur einige, die auf dem O-Platz kämpfen, doch die wirtschaftliche Krise spitzt sich zu und es werden immer mehr Menschen zur Flucht gezwungen. Statt uns gegeneinander aufhetzen zu lassen, müssen wir Seite an Seite mit ihnen den Widerstand organisieren. In den nächsten Tagen werden weitere Aktionen stattfinden, findet euch nicht mit diesen rassistischen Angriffen ab. Leistet Widerstand – solidarisiert euch – kommt mit uns auf die Straße!

Welcher Weg: Reform oder Revolution?

Grundlagen des Marxismus: Marxismus ist eine Wissenschaft, die keine_r von uns an einem einzigen Tag komplett verstehen wird. Vielmehr ist es wichtig sich(und natürlich auch andere) ständig zu bilden. Diese Kolumme wird in Zukunft regelmäßig in unserer Zeitung und auf www.onesolutionrevolution.de erscheinen und in loser Reihenfolge Themen marxistischer Theorie erklären.

Welcher Weg: Reform oder Revolution?

Mehr als drei Jahrzente lang argumentierten Marx und Engels, eine Revolution sei der einzige weg, wie die Arbeiter*innen eine sozialistische Gesellschaft erreichen können. Für sie entstanden revolutionäre Krisen zwangsläufig aus dem Konflikt zwischen den Klassen der kapitalistischen Gesellschaft. Der Kapitalismus schafft die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Revolution. In Gestalt des Proletariats erschafft er seine eigenen „Totengräber“. Marx und Engels lehnten einen friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus nicht etwa aufgrund ihrer dämonischen Blutlust ab, sondern weil sie erkannten, dass im Laufe der

Geschichte keine herrschende Klasse ihre Macht und ihren Wohlstand jemals ohne einen Kampf abtrat. Der moderne Kapitalismus selbst triumphierte in einer Reihe gewalttätiger Revolutionen über den Feudalismus* (Bekanntes Beispiel: die französische Revolution). Es gibt jedoch eine tief und kraftvoll in der Arbeiter*innenbewegung verankerte Tradition, die häufig das Ziel des Sozialismus für sich beansprucht, aber behauptet, der dorthin führe über eine Schrittweise Verwandlung der Gesellschaft mittels Reformen. Die Unterstützer*innen dieser Tradition bestehen darauf, dass die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus „gezähmt“ und eventuell für eine neue Gesellschaft, die auf den Interessen der Arbeiter*innen beruht, verändert werden können.

Diese politische Ideologie hat viele Vertreter*innen und verschiedene Ausprägungen, sowohl links als auch rechts. Ihr Name lautet: Der Reformismus

Der Kapitalismus erfuhr Perioden der Expansion und des Booms, währenddessen sahen viele Arbeiter*innen wie ihr Lebensstandard wuchs. Die wahrscheinlich längste dieser Phasen reichten vom Ende des zweiten Weltkrieges bis in die frühen 1970er Jahre. Allerdings ist der Kapitalismus trotz dieser Perioden ein sehr instabiles System, das die Gesellschaft in periodische Krisen taucht.
Das System des Profits erschafft eine derart scharfe Konkurrenz zwischen kapitalistischen Unternehmen und Nationen, dass es zu wirtschaftlichen Kriegen und sogar militärischen Auseinandersetzungen kommen kann. Viele Reformist*innen akzeptieren, dass der Kapitalismus ein System, das zur Krise verdammt ist ist. Dennoch argumentieren sie es sei möglich eine parlamentarische Mehrheit und Regierungssitze zur verwenden um Reformen durchzusetzen, die diese Krisen abmildern. Maßnahmen wie Wettbewerbsregulierung, Verstaatlichung mancher Industrien und die teilweise Umverteilung von Reichtum von den Reichen an die Armen durch Besteuerung gehören zu den Kernpunkten des reformistischen Programms. In der reformistischen Denkweise bedeutet die Legalität der parlamentarischen Demokratie, dass trotz oppositioneller Sektionen der herrschenden Klasse immer noch friedliche Veränderungen gemacht werden

können. Ermächtigungen und Erlasse treten an die Stelle der Notwendigkeit der gewalttätigen Revolution.

Die Sozialdemokratische Partei

Ironischerweise erreichte dieser Strategie ihren klarsten Ausdruck am Ende des Neunzehnten Jahrhunderts in einer Massenorganisation der Arbeiter*innenklasse, an deren Gründung Marx und Engels beteiligt waren; der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Während der 1880er und 1890er genoss der Kapitalismus eine Phase der Ausbreitung und der relativen Stabilität. Koloniale Eroberungen in Asien und Afrika und der beginn des imperialistischen
Stadiums der kapitalistischen Entwicklung lieferten enorme Profite und hoben den Lebensstandard vieler europäischer Arbeiter*innen. Während dieser Jahre wuchs die deutsche Industrie rasant. Gewerkschaften und Parteien wie die SPD organisierten hunderttausende Arbeiter*innen im Kampf um bessere Löhne, öffentliche Gesundheitsversorgung und demokratische Rechte. Daraus resultierten spürbare Gewinne für die Arbeiter*innen. Zur gleichen Zeit erreichten sie eine parlamentarische Vertretung. Diese Entwicklungen sorgten für die Verbreitung der Meinung innerhalb der SPD, der Kapitalismus könne „von oben“ reformiert werden. In Großbritannien formte diese Vorstellung die Praxis und das Programm der Labour Party (Sozialdemokratische Partei in GB).

In Deutschland gab der SPD-Denker Eduard Bernstein den Kampf des revolutionären Sozialismus vollständig auf und behauptete,dass Marx und Engels mit ihrer Theorie der Tendenz des Kapitalismus hin zur Krise vollkommen falsch lagen und, dass der revolutionäre Weg vollkommen utopisch sei. Er befürwortete den Standpunkt, dass Deutschland wohlhabender werden würde und die Arbeiter*innen sich unter der fürsorglichen Führung der SPD auf eine sozialistische Verwandlung hinbewegen können.
Innerhalb der SPD entbrannte ein Kampf zwischen den Vorstellungen, der die internationale sozialistische Bewegung tief gehend beeinflussen sollte.
Die polisch-stämmige Marxistin Rosa Luxemburg starte eine Verteidigung der marxistischen Prinzipien gegen Bernstein in ihrem Pamphlet „Reform

oder Revolution“.


Rosa Luxemburg – vor einer Versammlung des Spartakusbundes redend

Der Weltkrieg

Trotz Luxemburgs Kampf innerhalb der SPD gewann Bernsteins Reformismus an Einfluss und lieferte vielen einen Grund aus der SPD auszutreten. Als die Stabilität des Kapitalismus den Weg zum ersten Weltkrieg bereitete unterstützte die SPD-Führung die Kriegskredite der deutschen Regierung. Das SPD-Programm hatte faktisch durch die Konzentration der Wut der Arbeiter*innen weg vom System der Bosse hinzu einem zum Scheitern verurteilten Versuch es menschlicher zu gestalten den Kapitalismus gestärkt.
Die reformistische Logik – die zur Verteidigung des Systems führende Mitverwaltung des Kapitalisnus – brachte die Führung der SPD dazu die Bourgeoise zu unterstützen als ihre Raserei Deutschland und Europa in ein imperialistisches Blutbad tauchten. Luxemburg hat die Folgen dieser Logik klar vorhergesehen. Sie stellte fest, dass der Kampf der Arbeiter*innen den kapitalistischen Staat zu reformieren, oder zu stürzen nicht nur eine Frage von zwei unterschiedlichen Wegen mit dem selben Ziel ist.
„Anstatt für die Etablierung einer neuen Gesellschaft zu stehen, stehen sie für eine oberflächliche Veränderung der alten Gesellschaft“ – Rosa Luxemburg in „Sozialreform oder Revolution“
Das sie richtig lag wurde nicht allein von der SPD-Führung, die zur Anwerberin für Rekruten des deutschen Imperialismus wurde, sondern auch von deren Sicht auf die von den Bolschewiki geführte Revolution in Russland 1917. Die Führerschaft erklärte sich zur geschworenen Feindin der Revolution, ihrer Räte die als echte Alternative zum Paralament funktionierten und ihrer Miliz, die das genaue Gegenteil der kapitalistischen Armee, die die SPD jetzt als die ihre betrachtete, war.
Nach vier Jahren Krieg und der Niederlage Deutschlands wollten die deutschen Arbeiter*innen eine revolutionäre Veränderung. Der Spartakus-Bund, eine von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geformte Partei, wurde

die Avantgarde der Revolution im November 1918. Die SPD Führer*innen bewies welcher Klasse ihre Loyalität galt; Sie schlugen die Revolution nieder und machten die brachten die Stimme der des revolutionären Sozialismus kurzerhand zum schweigen. Im Januar wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf Befehl der SPD Führung hin ermordet und ihre Leichen in den Landwehrkanal geworfen.

Reformismus heute

Auch heute ist der Reformismus in Deutschland und Europa noch die vorherrschende Strömung in der Arbeiter*innenbewegung. Die beiden großen reformistischen Parteien SPD und LINKE und die von der SPD geprägten Gewerkschaften organisieren hunderttausende Arbeiter*innen und Jugendliche in ihren Reihen. Trotz dieser zahlenmäßig relativ gut entwickelten Organisationen gibt es so gut wie keine kämpferische Aktionen gegen Imperialismus, Krieg und Krise. Die SPD hat ihren Platz gefunden und macht seit 100 Jahren Politik, die sich nicht mehr um die Arbeiter*innenklasse schert – wer Krieg finanziert, Revolutionäre ermordet und Angriffe auf Sozialsysteme und Arbeiter*innenrechte führt weiß ganz genau auf wessen Seite er/sie steht. Auch die LINKE ist nicht so links wie ihr Name vermuten lässt, einmal abgesehen davon, dass rechte Strömungen wie der BAK Shalom enorm viel Einfluss haben blockiert die Führung der Partei eine revolutionäre Neuausrichtung, mehr noch, sie treibt den Rechtsruck der Partei voran und geht auf Koalitionskurs mit der SPD und den Grünen.
Also: Es sind zahlreiche Arbeiter*innen und Jugendliche in den Parteien und Gewerkschaften aktiv, aber die bürokratischen Führungen verhindern jede Einflussnahme der linken Oppostion innerhalb der jeweiligen Organisationen und sorgen damit nicht einmal für die
von ihnen angepeilten „Reformen“, sondern schnallen dem Proletariat einen Maulkorb um und schützen das Kapital!

Reformen, wenn sie denn durchgesetzt werden sind schön und gut, aber sie mildern allerhöchstens die Symptome und heilen nicht die Krankheit, das kapitalistische Krebsgeschwür. Lasst uns eine alternative zum Reformismus eröffnen, eine revolutionäre Bewegung schaffen!

Für eine revolutionäre Strömung in der LINKEN und den Gewerkschaften!

Gegen die bürokratischen Führungen!

Für eine revolutionäre Massenpartei und eine revolutionäre Jugendinternationale!

Campplan

Referent/Innen/planung Sommerschulung

Freitag, 22. August REVOCAMP

15.00	**Begrüßung** REVO-Camp
16.00 – 18.00	**Kämpferisch und solidarisch demonstrieren** **Demo-Training**
18.00 – 20.00	**Die Jugend an vorderster Front** Welche Organisation brauchen wir gegen Krieg, Krise und Kapital? Podiumsdiskussion mit Solid Fulda, REVOLUTION, Red Brain, ARAB
20.00 –	Musikprogramm mit Kaveh Ahanger

Samstag, 23. August REVOCAMP/Sommerschulung

8.00. – 9.30	**Frühstück**
10.00 – 10.45	**Eröffnung von AST-GAM-Somerschulung** Präsentation des Programm und parallel laufenden REVO-Camps

11.00 – 12.45	**Imperialistische Konkurrenz im 21. Jahrhundert** 4 Seminare					
	USA – Hegemon auf tönernen Füßen	**China – Widersprüche und Ambitionen eines aufstrebenden Rivalen**	**Die EU – das schwächste Glied in der imperialistischen Kette?**	**Russland – Die ungleichzeitige und kombinierte Entwicklung neuen Macht**		
12.45 – 14.30 13.00	**Mittagspause** **Mittagessen**					
14.30 – 15.15	**Globale Krise und die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse** Einleitender Vortrag von Martin Suchanek					
15.30 – 16.00	**Workshops zur Veränderung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung in wichtigen Ländern**					
	A Spanien Gen. von Podemos	B Türkei Gen. von SYKP	C Ukraine	C Bosnien	D Griechenland	E Pakistan
17.00 – 18.00	**Berichte in Plenum und kurze Auswertung**					
18.15 – 20.00	**Kapitalistische Krise und revolutionären Organisierung: Welches Programm, welche Partei brauchen wir?** Podiumsdiskussion mit GenossInnen der Gruppe Arbeitermacht , von RIO, NaO Berlin, REVOLUTION					
20.00	**Abendessen**					
20.00	**Kulturprogramm**					
	Musik		**Film**		**Lagerfeuer** **Ab 21.00**	

Sonntag, 24. August REVOCAMP/Sommerschulung

8.00. – 9.30	**Frühstück**			
9.15. – 9.30	**Campplenum/allgemeine Infos**			
9.30 – 11.00	**Im Herzen des Exportkapitals - Betriebsarbeit im Großkonzern**	**Wurzeln des Rassismus und die Bedeutung der Migration**	**Die kapitalistische Krise und die Lage der Frauen**	**Geschichte der Sozialistischen Jugendinternationale**
11.15 – 12.45	**Gewerkschafts-jugend – Alibiveranstaltung oder linkes Interventionsfeld?**	**Kampf um nationale Befreiung in Palästinas**	**Soziale, demokratische und revolutionäre Bewegungen in Nahost: von Nationalisten und Islamisten gekapert?**	**Rolle der Jugend im arabischen Frühling** F
12.45 – 14.30 13.00	**Mittagspause** **Mittagessen**			
14.30 – 16.15	Podiumsdiskussion zur Refugee Bewegung mit GAM , REVO plus African Refugee Union			

16.30 – 18.00	**Workshops zu 100 Jahre Erster Weltkrieg**			
	Krieg – Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln	**Der Erste Weltkrieg und die Spaltung der Arbeiterbewegung- zur sozialen Basis des Sozialchauvinismus**	**Der Erste Weltkrieg - seine Ursachen und Wirkungen**	**Leninistische Kriegstaktik: Revolutionärer Defaitismus**
18.15 – 20.00	Globale Krise, Krieg und Klassenkampf **Welche Strategie für die Anti-Kriegsbewegung?** Plenardebatte oder Vortrag			
20.00	**Abendessen**			
20.00	**Kulturprogramm**			
	Musik	**Film**	**Lagerfeuer Ab 21.00, falls möglich**	

Montag, 25. August REVOCAMP/Sommerschulung

8.00. – 9.30	**Frühstück**						
9.15. – 9.30	**Campplenum/allgemeine Infos**						
9.30 – 11.00	**Die Philosophie Hegels**	**Kritik des Dekonstruktivismus**		**Grundbegriffe marxistischer Philosophie (Dialektik, Materialismus, ...)**		**Einführung in die politische Ökonomie**	
11.15 – 12.45	**Kritik der Tripple Oppression-Theorie und Intersektoralität – zum Verhältnis von Ausbeutung und Unterdrückung**	**Das bürgerliche Individuum – Was ist vom Wunsch nach Selbstverwirklichung zu halten?**		**Mensch-Natur-Verhältnis und die Bedeutung des Arbeitsbegriffs**		**Der Ökosozialismus – Antwort auf die Umweltfrage?**	
12.45 – 14.30 13.00	**Mittagspause Mittagessen**						
14.30 – 16.00	**Zur Aktualität von Lenins Imperialismustheorie**	**Kritik der „Transformations"-Strategie**		**Gramsci – eine Bereicherung des Marxismus oder Vordenker des Neo-Reformismus?**		**Einführung in den Marxismus: Faschismus und Kapitalismus**	
16.15 – 17.45	**Praktische Übungen/Workshops**						
	Rhetorik	**Rhetorik der Reformisten**	**Was tun, wenn die Bullen kommen?**	**Wie layoutiere ich ein Flugblatt?**	**Wie schreibe ich einen Artikel?**	**Streikkomitee aufbauen/ Arbeit an der Schule**	**Nutzen von Photoshop**
18.00 – 19.45	**Frauencaucus**			**Anti-sexistisches Männertreffen**			
20.00	**Abendessen**						
	Kulturprogramm Vorstellung des Labour Quami Movement (LQM)						
	Jam Night – Blues und Jazz-Workshop		**Film**		**Lagerfeuer, falls möglich**		

Dienstag, 26. August REVOCAMP/Sommerschulung

8.00. – 9.30	**Frühstück**			
9.15. – 9.30	**Campplenum/allgemeine Infos**			
9.30 – 11.00	**Das Neue des bürgerlichen Staates**	**Partei und Räte in der Russischen Revolution**	**Plan, Markt und Demokratie**	**Die Pariser Commune –die erste Diktatur des Proletariats**
11.15 – 12.45	**Bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur Die Thesen der Kommunistischen Internationale**	**Sozialistische Demokratie oder Diktatur des Proletariats? Zur Kritik des Begriffs der sozialistischen Demokratie**	**Die Degeneration der Sowjetunion – Stalinismus, Bürokratie und der Kampf um demokratische Forderungen**	**Demokratischer Zentralismus – Form der revolutionären Organisierung oder altes Modell? Wie soll die revolutionäre Partei aufgebaut sein**
12.45 – 14.30 13.00	**Mittagspause Mittagessen**			

14.00 – 15.30	Plenum zur Lage in Kurdistan/Syrien/Irak und zum Vormarsch des IS		
15.30 –	**Revolutionäre Stadtrundfahrt**	**Sport, Schwimmen**	**Demo-Training**
20.00	**Abendessen**		
21.00	**Jam Night – Blues und Jazz-Workshop**	**Film**	**Lagerfeuer, falls möglich**

Mittwoch, 27. August REVOCAMP/Sommerschulung

8.00. – 9.30	**Frühstück**				
9.15. – 9.30	**Campplenum/allgemeine Infos**				
9.30 – 10.00	**Die Geschichte der Vierten Internationale – ein Überblick**				
10.00 – 11.30	**Taktiken der TrotzkistInnen in der Zwischenkriegsperiode**				
	Entrismus: Die französische Wende	**Workers Party in den USA**	**Blocktaktik: Der Block der Vier**	**Der Streik von Minneapolis**	**Was ist Trotzkismus?**
11.45 – 13.15	**Trotzkismus heute**				
	Die Kontroversen zur Aufbautaktik in der IV. Internationale	**Die Fraccion Trotskysta**	**Krise der IST – Ende des Cliffismus?**	**Workerismus pur – Aufbaukonzept von Lutte Ouvrier**	**Trotzki zur Revolutionären Jugendorganisation**
13.15 – 15.00 13.30	**Mittagspause Mittagessen**				

15.00 – 18.15	**Lesekurse (parallel):** (1) Lenin, Was Tun) (2) Liga für die Fünfte Internationale, Methoden und Grundsätze der Kommunistischen Organisation – (3) Vierte Weltkongress der KI, Thesen über die Taktik der Komintern (4) LRKI, Thesen zum Reformismus (5) Vierte Internationale, Manifest der 4. Internationale zum Krieg 1940 (6) Engels, Entwicklung des Sozialismus von Utopie zur Wissenschaft) (7) Lenin, Staat und Revolution (8) Lenin, Imperialismus, das höchste Stadium (9) Trotzki, Die ukrainische Frage und Trotzki, Die Unabhängigkeit der Ukraine und das Sektierertum der Wirrköpfe
18.30 – 20.00	**Sexismus und Diskriminierung im Alltag, Betrieb, Schule, linken Organisationen – wie bekämpfen wir sie?** Input im Plenum und Kleingruppenarbeit Workshops/Arbeitsgruppen ua. zur „Geschlecht und Gewalt“ , Diskriminierung von Schwulen/Lesben
20.00	**Abschlussabend mit Musik, Pubquiz, Grill, Lagerfeuer und einfach gemütlichem Beisammensein**

Donnerstag 28. August REVOCAMP/Sommerschulung

8.00. – 9.30	**Frühstück**				
9.15. – 9.30	**Campplenum/allgemeine Infos**				
9.30 – 10.15	**Umgrupierungsprozesse in der radikalen Linken in Deutschland Arbeitsgruppen zu**				
	AKL	UG	Perspektive Kommunismus	IL	Solid
10.15 – 11.00	**Berichte ins Plenum – und Schlussfolgerungen für NaO-Aufbau**				
11.15. – 12.45	**Frauen in Pakistan**	**Was ist Islamismus?**	**Wo steht die syrische Revolution heute?**	**Prostitution und Marxismus**	
13.00 -14.00	Imbiss um Abschluss (Für all, die das wollen)				
13.30 – 14.30	**Abschlussplenum und abschließende Reden**				

Antideutsche Hetze gegen Palästina-Soli in Kassel

Stellungnahme von REVOLUTION und Gruppe Arbeitermacht Kassel zu den Ereignissen im Vorfeld und nach den Palästina-Soli-Demonstrationen im Juli 2014 und zu Drohungen gegen unsere AktivistInnen

Situation:
Am 15.07.14 fand in Kassel eine Demonstration in Solidarität mit der Bevölkerung Palästinas und
gegen Krieg und Zionismus statt. Von Anfang an machten die OrganisatorInnen über ihre
Veranstaltungsseite klar, dass Rassismus und Antisemitismus nicht Charakter der Demo seien und
solche Äußerungen auch nicht toleriert werden. Um dies zu garantieren, wurde im Vorfeld
beschlossen, jedwede Fahnen außer der palästinensischen Flagge zu verbieten. Es wurde immer
wieder betont, dass sich die TeilnehmerInnen nicht von der angekündigten Gegenkundgebung
provozieren lassen sollen. Natürlich war uns klar, dass nicht nur progressive Kräfte an der
Veranstaltung teilnehmen werden. Aber diese, in Kassel offenkundig recht wenigen Reaktionären,
sollten SozialistInnen nicht davon abhalten, sich auch öffentlich als KriegsgegnerInnen und
Palästina-solidarisch zu zeigen.

Anzumerken:
Im Vorfeld hatten dem sogenannten „antideutschen“ Spektrum zuzuordnende Gruppen wie T.A.S.K.

und ak:racoons die Polizei massiv zum Eingreifen gegen ihnen nicht genehme Transparente und
Schilder aufgefordert und ein Bedrohungsszenario gegen die jüdische Gemeinde in Kassel
herbeigeredet. Den beiden Demoaufruferinnen wurde Gewalt angedroht, sollten diese ihr Vorhaben,
gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde ein Gespräch zu führen, umsetzen wollen. So wurde im
Vornherein ein Klima der Angst und der Bedrohung gegen jüdische MitbürgerInnen inszeniert,
welches in keinem Falle das Anliegen, noch den Charakter der Demonstration widerspiegelte.
Auf der Demo selber waren für uns weder Hamas- noch Hisbollahfahnen unter den weit über 1500
Menschen ausfindig zu machen. Nur eine orangene Fahne mit einem Wappen, zwei Gewehren und
einem patriotischem Spruch machten uns stutzig, wurde aber erst im Nachhinein identifiziert.
Später mussten wir dann leider erfahren, dass die Fahne in Verbindung mit dem spanischen Franco-
Faschismus steht. Hätten wir das gewusst, wären wir selbstverständlich auf die OrdnerInnen
zugekommen und hätten dafür gesorgt, dass die Fahne und am besten auch deren Besitzer sofort
von der Demo verschwinden muss.

Ablauf:
Auf Höhe des Friedrichsplatzes erreichten wir die ca. 50 Pro-Israel und Pro-Deutschland
DemonstrantInnen. Als die Stimmung sich aufheizte, was ja auch das unausgesprochene Ziel der
IsraelfreudInnen war, bildeten die Demo-OrdnerInnen eine zweite Kette vor den Bullen, um so
beruhigend auf die Menge ein zu wirken. Zu dem drängten sie darauf, dass die Menge sich wieder

in Bewegung setzen und sich nicht von den anwesenden KriegsbefürworterInnen provozieren lassen
sollte. Es kam zu keinen körperlichen Zwischenfällen, ein Mann schrie „Scheiß Juden!“ und wurde
sofort von mehreren OrdnerInnen angegangen.

Stimmungsmache:
Die Darstellungen des Bündnisses gegen Antisemitismus, dass die Bullen gewalttätige
DemonstrantInnen zurückhalten mussten, da die IsraelfreundInnen ansonsten „dem rasenden Mob
hilflos ausgeliefert gewesen wären“, sind ebenso lächerlich wie auch gezielte Panikmache,
vergleichbar mit dem im Vorfeld erfolgten Ratschlag, Minderjährige sollten aus Sicherheitsgründen
der Kundgebung fernbleiben. Ähnlichem Tenor folgt die Ankündigung der jüdischen Gemeinde,
den Gottesdienst während der Folgedemo am Freitag dem 18.07.14 aus Angst vor Übergriffen auf
die Synagoge absagen zu müssen. Aussagen von Jonas Dörge vom Bündnis gegen Antisemitismus,
die Dienstagsdemo sei die größte Ansammlung von Antisemiten seit 1945 gewesen, sind genauso
unverschämt wie geschichtsrevisionistisch. Geschichtsrevisionistisch, weil verschwiegen wird, dass
es sehr wohl in Kassel ab den Jahren 1968 massive Nazi-Ansammlungen gegeben hat, unverschämt
dabei der plumpe Versuch, Antizionismus zu Antisemitismus umzudeuten. Wer Antizionismus mit
Antisemitismus gleichsetzt, bekämpft nicht den Antisemitismus, sondern benutzt diesen Vorwurf
allein zur Rechtfertigung der rassistischen Vertreibungspolitik Israels und des aktuellen Massakers
der israelischen Armee in Gaza.

Fotos:
Einer unserer Genossen fotografierte auf der Kundgebung um diese zu dokumentieren und
veröffentlichte einige Fotos. Besonders bezeichnend waren die Bilder der „antideutschen“
ZionistInnen, die offensichtlich überhaupt kein Problem damit hatten, neben und unter der
Deutschlandfahne ihrer BündnispartnerInnen zu stehen. Dass sogenannte „Antideutsche“ in allen
entscheidenden außenpolitischen Fragen konform mit den Interessen des deutschen Imperialismus
gehen, ist nichts Neues, dass sie dies nun auch offen und unverhohlen zeigen, schon.
Das Bild wurde vielfach auf facebook geteilt und kommentiert, was die IsraelfreundInnen sehr
erzürnte. Auf der REVOLUTION Seite ging ein regelrechter Shitstorm nieder, inklusive
Drohungen, Bilder von uns seien bald im Archiv und wir dann „dran“. Dass jede Menge Fotos in
Portraitqualität von TeilnehmerInnen der Kundgebung auf allen möglichen ihrer „befreundeten“
Portale unverpixelt veröffentlicht werden, scheint T.A.S.K. und ak:racoons dabei weit weniger zu
stören.

Grundsätzlich:
Natürlich verpixeln wir alle Fotos von linken AktivistInnen, die wir bei linken Kundgebungen,
Veranstaltungen oder bei Antifademos aufnehmen. Dies dient dem Schutz der GenossInnen vor
staatlicher Repression und auch vor Angriffen von rechts. Leider konnten wie bei der
nationalistischen KriegsbefürworterInnen-Kundgebung keinen „linken Charakter“ erkennen, noch
macht eine kaum sichtbare Antifaflagge aus einer mit Deutschland- und

Israelfahnen bestückten
Kundgebung schon eine Antifaveranstaltung.

Nein, es ist ein für alle Male klarzustellen: ak:racoons und T.A.S.K. gehen Hand in Hand mit dem
BgA und der Staatsräson des deutschen und US-Imperialismus. Sie fordern unverhohlen die
deutsche Exekutive zur Verstärkung ihrer Anliegen auf; sehr weit entfernt von „still not loving the
police“. Dass ak:racoons sich dabei quasi selbstverständlich das Recht herausnimmt,
palästinensische Aktivistinnen auf ihren Seiten unverpixelt zu posten, bestätigt eine durchweg
antimuslimische um nicht zu sagen, rassistische Sicht der Dinge. Zwar gab es in der Vergangenheit
punktuelle Einheitsfronten mit genannten Gruppen im Kampf gegen Faschisten. Doch z.B. schon in
der „Ukraine-Frage“ überwog die Bündnistreue zum westlichen Imperialismus und unser Anliegen,
eine gemeinsame Aktion gegen das Massaker in Odessa zu machen, wurde schlichtweg abgelehnt.
Es gab keinerlei sonstigen gemeinsamen Kampf mit diesen Gruppierungen im antikapitalistischen
Kampf, da dieser von den Gruppen nicht geführt wird.

Drohungen
Zwei Tage nach der erstem Palästina-Soli-Demo wurde einer unserer Genossen zu Hause
„besucht“ . Er selber war gerade nicht anwesend, sondern nur eine Familienangehörige, die sich
sehr wundern mussten. Die „Anti-Deutschen“ redeten von Bildern, die unser Genosse von ihnen im
Internet veröffentlicht habe und verlangten mit Nachdruck ein Gespräch darüber. Wir werten diesen
Hausbesuch als Einschüchterungsversuch, auch wenn es kein offen

aggressives Auftreten gab. Wir
verwahren uns entschieden gegen diese faschistoiden Methoden. Am 05.08. 14 kam dann wieder
eine Mail an die Adresse von REVOLUTION Kassel. Hierin wurde die Gruppe als „Anti-Antifa“
denunziert.

Fazit:
Wir stellen hiermit nochmals heraus, dass wir weder T.A.S.K. noch den ak:racoons oder andere
Israel-solidarische Gruppen und Einzelpersonen als Teil einer progressiven Bewegung ansehen und
uns von diesen auch in keinster Weise Vorschriften über einen linken Konsens über die
Verfahrensweise mit Fotos machen lassen. Noch tolerieren wir ihre Methoden, sich unseren
GenossInnen über Hausbesuche zu näheren.
Forderungen nach weiteren Waffen für Israel und weiterem Siedlungsbau lehnen wir entschieden
ab.Wir stellen uns in Solidarität mit der israelischen Linken, die unter Lebensgefahr in einer hoch
militarisierten und von rassistischer Ideologie geprägten Gesellschaft gegen den Krieg und für
Solidarität mit den berechtigten Forderungen der palästinensischen Bevölkerung eintritt.
Wir rufen daher zu weiteren Demonstrationen auf.

REVOLUTION und Gruppe Arbeitermacht Kassel – 14. August 2014

Die Stellungsnahme als PDF herunterladen

Demonstration für Palästina – Schluss mit Krieg, Blockade und Unterdrückung

Palästina-Demonstration am Samstag, den 09.08. ab 15 Uhr, Axel-Springer-Haus

Seitdem Israel am 08. Juli seine Militäroffensive „Protective Edge“ im Gazastreifen begann sind beinahe 2000 PalästinenserInnen durch Bomben, Artilleriefeuer und Bodenoffensive umgekommen, die meisten unter ihnen waren ZivilistInnen. In dem offiziell als Akt der „Selbstverteidigung“ bezeichneten Krieg, starben auf israelischer Seite starben rund 65 SoldatInnen und 3 ZivilistInnen.

Der Anlass für dieses Blutbad war für die israelische Regierung Netanjahus die Entführung und Ermordung dreier Talmud Schüler. In kürzester Zeit führten die israelischen Sicherheitskräfte hunderte Festnahmen, begleitet von mehreren Toten PalästinenserInnen in der Westbank durch. Diese Maßnahme, richtete sich keinesfalls der tatsächlichen Findung der Mörder der Talmud Schüler. Er richtete sich gegen die palästinensische Bevölkerung im Allgemeinen und den Widerstand gegen die israelische Unterdrückung im besonderen. Es war diese Welle der Repression, die den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen beförderte, der letztlich zum Vorwand für die israelische Offensive genommen wurde.

Wir lehnen die Lüge des „Selbstverteidigungskrieges“ der israelischen und deutschen Bundesregierung ab, die von den deutschen Medien mit dem Antisemitismusvorwurf gegen die legitimen Proteste in Solidarität mit Palästina flankiert werden. Keine Frage, wir lehnen jede Form des Antisemitismus entschlossen ab, er hat in unserer Bewegung nichts zu suchen. So wie wir auch den Zionismus ablehnen. Beides sind reaktionäre Ideologien. Aber das hat uns nicht vergessen lassen auf welcher Seite wir

stehen: auf der Seite der Unterdrücken, auf der Seite des palästinensischen Widerstandes für Freiheit, auch wenn ihre Führung aus der islamistischen Hamas und der korrupten Fatah nicht befürworten.

Gerade die zehntausenden Jugendlichen, unter ihnen viele junge Frauen und Mädchen sind gegen den Krieg, gegen die Unterdrückung auf die Straße gegangen. Sie sind für eine bessere und nicht für eine schlechtere Welt demonstrieren gegangen. Ihnen reichen wir von REVOLUTION in Solidarität unsere Hand. Wir wollen eine internationale Organisation aller Jugendlichen, ob deutscher, arabischer oder israelischer Herkunft aufbauen, die für unsere Befreiung von Krieg und Imperialismus kämpft.

Wir haben die vielen Kriege, die vom Staat Israel ausgingen nicht vergessen. Wir haben die unzähligen Toten und den Hass, den der Zionismus in der Region unter den unterschiedlichen Ethnien und Konfessionen gesät hat, nicht vergessen. Diese Kriege wurden im Interesse des internationalen Imperialismus geführt, für die die israelische Kapitalistenklasse ein zuverlässiger Partner im Kampf um die Kontrolle von Ressourcen, Märkten und geostrategischen Punkten im Nahen Osten war.

Deswegen rufen wir von REVOLUTION zur Teilnahme an der Palästina-Demonstration am Samstag, dem 09. August in Berlin ab 15 Uhr vor dem Axel-Springer Haus in der Axel-Springer-Straße 65 auf.

Wir unterstützen die Forderungen des Bündnisses, dass für ein sofortiges Ende des israelischen Massakers an der Bevölkerung in Gaza, ein Ende der Blockade und der Besatzung Gazas, sowie dem Stopp aller Waffenlieferungen an Israel eintritt.

Doch um diese Forderungen umzusetzen, braucht es entschlossenen Widerstand und internationale Solidarität der Linken und der Gewerkschaften. Es braucht eine dritte Intifada aller PalästinenserInnen, die sich gegen das israelische Apartheidsregime richtet, aber es braucht auch einen Bruch der israelischen ArbeiterInnenklasse und Jugend mit der nationalistischen und reaktionären Ideologie des Zionismus, die sie an die Kriege ihrer eigenen herrschenden Klasse kettet.

Wir von REVOLUTION kämpfen für eine Alternative revolutionäre Politik, die sich klar auf die Seite des palästinensischen Widerstandes stellt und diesem eine sozialistische und progressive Politik geben will. Unsere Perspektive ist der Aufbau einer ArbeiterInnen- und Jugendbewegung in den palästinensischen und israelischen Gebieten, die den Unterdrückerstaat Israel stürzen und ein befreites, säkulares und vereintes Palästina auf sozialistischer Grundlage erkämpfen kann. Nur so werden Muslime, Christen, Juden und Atheisten in Frieden und Freiheit leben können.

Aufruf von REVOLUTION-Berlin

Hintergrund des Ukraine-Konfliktes: Eine Klassenanalyse

Die hier von uns veröffentlichte und zur Diskussion stehende Analyse stammt von der sozialistischen Organisation Borotba (zu deutsch „Kampf“), welche für eine vom russischen und westlichen Imperialismus unabhängige Ukraine kämpft. Wir von REVOLUTION unterstützen sie dabei und arbeiten mit ihnen zusammen – so sind zum Beispiel in einigen deutschen Städten gemeinsame Veranstaltungen zum dortigen Konflikt geplant, denn was dort wirklich passiert wissen leider nur wenige.

Dieser Text soll genau hier ansetzten und unabhängig von westlichen und russischen Medienlügen aufklären, wobei der Schwerpunkt auf der Entwicklung des ukrainischen Kapitalismus seit dem Zerfall der Sowjetunion und einer Charakterisierung des Maidan liegt.

Ukraine-Sticker von REVOLUTION – auf Anfrage erhältlich

13.6 14

Die Wurzeln der sozialen und klassenkämpferischen Krise in der Ukraine wurden bisher noch nicht ausreichend untersucht. Die Aufmerksamkeit galt hauptsächlich dem politischen Charakter der Ereignisse, die sozio-ökonomische Basis verlor man aus den Augen. Was sind die sozialen Kräfte hinter dem Sturz des Janukowitsch – Regime, dem Aufbau eines neuen Regimes in Kiew, dem Aufkommen der Anti-Maidan-Bewegung und der Bewegung im Süd-Osten?

Die Kapitalismus-Krise in der Ukraine

Die Krise in der Ukraine ist nicht allein ein nationales Phänomen. Aus mehreren Gründen wurde die Ukraine zu einem Schwachpunkt im System, welches auf dem Dollar als Weltwährung basiert. Sie wurde Opfer eines Systemzusammenbruchs und eines auf Pump finanzierten Aufschwungs. Die ukrainische Wirtschaft wurde im Zusammenhang mit der globalen Krise instabil, was zu einer Spaltung der herrschenden Klasse führte und den seit Monaten sichtbaren politischen Kampf hervorrief.

Die Wirtschaft des ukrainischen Kapitalismus nahm ihre Form im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjet-Wirtschaft, der Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums und der Integration in den Weltmarkt an. Diese Prozesse hatten einen herabsetzenden Einfluss auf die Wirtschaft der „Ukrainischen Sowjet Republik“, welche weltweit am zehnt-schnellsten wuchs. In Zeiten der Sowjetunion hatte die Ukraine eine komplexe und entwickelte Wirtschaft, wobei vor allem der Maschinenbau und die hochwertige Warenproduktion die größte Rolle spielten.

Die Integration in den Weltmarkt führte zum Zusammenbruch des Hochtechnologie-Sektors. Während sich die Wirtschaft der UdSSR nach den Bedürfnissen der Produktion und der Menschen richtete und sich mehr oder weniger in einer komplexen und abgerundeten Art und Weise entwickelte, richtete sich die kapitalistische Wirtschaft der Ukraine nach den Ansprüchen des weltweiten Marktes. Die größten Opfer dieses Prozesses waren der Maschinenbau und dessen Zulieferer, die Leichtindustrie, die

Elektroindustrie und die Turbinen-, Flugzeug- und Autoproduktion.

Als diese komplexe Produktion zerstört war, nahm der Export von Rohmaterial die Hauptrolle ein und die Arbeit mit geringer Wertsteigerung bekam eine katastrophale Wichtigkeit. Die Eigentümer dieser Unternehmen erschufen eine Schicht innerhalb der Oligarchie, welche während der ganzen Epoche der „Unabhängigkeit" ein Großteil der Wirtschaft kontrollierte.

Diese Schicht, orientiert an der Produktion von Rohmaterialien für den Export, beutete das von der UdSSR geerbte produktive Potenzial rücksichtslos aus. Als Folge ihrer ökonomischen Position war die ukrainische Oligarchie nicht uninteressiert, den Binnenmarkt des Landes weiterzuentwickeln, jedoch hat sie in vielen Fällen eine sehr ausbeuterische Einstellung zu ihren eigenen, ertragreichen Besitztümern – beispielsweise bevorzugen sie es ihr Kapital ins Ausland zu bringen, statt es für die Weiterentwicklung der Produktion zu nutzen. Eine Summe von mehr als 165 Billionen Dollar wurde aus der Ukraine abgezogen und im Ausland investiert.

Das Modell der dezentralen Exportwirtschaft hatte einen „kannibalischen" Charakter und basierte auf dem von der Sowjetunion geerbten Konsum. Selbst vor dem Beginn der globalen ökonomischen Krise zeigte die Eisenverhüttung – die „Lokomotive" der dezentralen ukrainischen Wirtschaft, die 40-50 Prozent des Exports darstellte – offensichtliche strukturelle Schwäche: altmodische Technologien, Ineffizienz (Die Produktion einer Tonne Stahl benötigt in der Ukraine 52,8 Arbeitsstunden, 38,1 in Russland und 16,8 in Deutschland), hoher Energieverbrauch und Abhängigkeit von ausländischen (hauptsächlich russischen) Energiequellen. So lange die Preise hoch waren, waren diese Schwächen nicht von entscheidender Wichtigkeit, aber jede Verschlechterung der Konjunktur machte sie zu einer ernsthaften Bedrohung.

Die anderen Sektoren der ukrainischen Wirtschaft – die landwirtschaftliche Produktion (teilweise Pflanzen für industrielle Zwecke), die chemische Industrie (hauptsächlich die Produktion von Mineraldünger) und die Rohstoffindustrie (Erz und Kohle) sind ebenfalls hauptsächlich auf die Rohmaterialproduktion angewiesen und am Export orientiert. Wegen der

Begrenztheit des Binnenmarktes entwickelten sich die übrigen Produktionssektoren (mit Ausnahme der Lebensmittelproduktion) nur in dem Ausmaß, in welchem sie dem exportorientierten Sektor dienten. In der Regel waren diese Bereiche der Wirtschaft von niedrigen Löhnen und Gewinnraten geprägt.

Mit dem Rückgang der nationalen Produktion in Gebieten außerhalb des exportorientierten Sektors steigerte sich die Abhängigkeit von Importen. Der Anteil der ukrainischen Güter innerhalb der gewerblichen Umsätze sank kontinuierlich, während der Anteil an Importen wuchs. Ab Mitte der 2000er überstiegen die Importe immer wieder die Exporte. Aus diesem Gegensatz wurde ein Anstieg der Schulden im Ausland gefördert, wovon sowohl die staatlichen als auch die privaten Schulden betroffen waren.

Mit der globalen Krise 2008 sank die Nachfrage an ukrainischen Exporten, während die Preise für Importe anstiegen und die Abhängigkeit von Importen wuchs. Das Modell des ukrainischen Kapitalismus war eindeutig zum Scheitern verurteilt.

Krise und Spaltung in der herrschenden Klasse

Innerhalb der herrschenden Klasse löste die wachsende Krise einen erheblichen internen Kampf aus. Zu dieser Zeit war die Spitze innerhalb dieser Klasse – ca. ein Dutzend Milliardäre – schon darauf vorbereitet, sich in der Elite der Welt zu integrieren und suchte nach einem Weg, ihr Kapital im Westen unterzubringen. Die Milliardäre hatte genug Kapital angesammelt, um es effizient in finanzielles und industrielles Vermögen im Westen umzuwandeln, während unser Land durch die sich entwickelnde Systemkrise nicht länger attraktiv für große ukrainische Betriebe war.

Die Bezeichnung für die Legalisierung dieser Veränderung war die sogenannte „Eurointegration“, durch welche die ukrainischen Milliardäre, im Austausch für die Beendung des Schutzes des Binnenmarktes und das Versprechen ihn effizient den anderen internationalen Monopolen auszuliefern, die Anerkennung Europas gewannen.

Der Fakt, dass der Preis dafür die Zerstörung diverser Sektoren der Industrie

und eine neue Spirale der Deindustrialisierung mit einem unausweichlichen Wachstum der Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Missständen wäre, beunruhigte die Spitze der herrschenden Klasse nicht im Geringsten.

Die Oligarchen, die eine mittlere bis niedrige Stellung innehatten, sahen die Ukraine hingegen immer noch als Schauplatz für das leitende Geschäft an, denn sie besaßen kein ausreichendes Kapital, um sich in die Elite der Welt zu integrieren. Sie errichteten einen halbherzigen Widerstand gegen diesen Prozess.

Es waren Menschen, die bisher noch nicht jede Gelegenheit ausgenutzt haben, die ihnen der „unabhängige“ ukrainische Staat bot, um in die große Liga der Milliardäre aufzusteigen. Infolgedessen wollten sie eine komplette Auslieferung des Binnenmarktes an die europäischen „Partner“ nicht mitanzusehen.

Für einen erweiterten Zeitraum wankte die Herrschaft des Landes, personifiziert als Janukowitsch, zwischen der „Partei der Milliardäre“ und der „Partei der Millionäre“ hin und her, auf der Suche nach einem Verfahren der „Eurointegration“, das beiden Seiten gerecht würde.

Das Ergebnis war, dass Janokowitsch gezwungen wurde, die geplante Unterschrift in Vilnius im Dezember 2013 für einen Vertrag über eine freie Handelszone abzusagen, da diese Einigung die ökonomischen Interessen eines wichtigen Sektors der Bourgeoisie bedrohte hätte und sie voller katastrophaler sozialer Konsequenzen war.

Hinter der Notwendigkeit der „Integrationsprozesse“ stand ein akuter Bedarf an Krediten, die nur von internationalen finanzwirtschaftlichen Unternehmen (dem IWF) oder von der Russischen Föderation kommen konnten.

Im Gegensatz zum IWF bestand Russland nicht auf unsoziale Reformen als zur Kreditbewilligung, was Janukowitsch dazu brachte die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der europäischen Union und des Freihandelsabkommens zurückzustellen. Die Antwort der „Partei der Milliardäre“, die alles auf die Integration in Europa setzte zeigte sich in Form des Euromaidans.

Euromaidan: Seine Anstifter, sein Kern und seine soziale Basis

Während der Anfangsphase des Euromaidans war die Teilnahme der breiten Masse sehr gering. Die, die während der ersten Tage anwesend waren, waren hauptsächlich Angestellte und Aktivisten der Pro-Westen Nichtregierungsorganisationen und Mitglieder von Neonazi-Gruppierungen (die Organisation Svoboda und andere Gremien, die anschließend den rechten Sektor bildeten.) Der Euromaidan nahm erst einen echten Massencharakter an, nachdem die Demonstranten erstmals vom Maidanplatz getrieben wurden.

Der Angriff wurde live auf den von den Oligarchen kontrollierten Fernsehsendern gezeigt. Danach wurden auf ihren Programmen endlos Videos mit Menschen gezeigt, die geschlagen wurden und deren Köpfe bluteten. Die Gesellschaft war einer Propagandaflut ausgesetzt, welche darauf abzielte, die Bürger zur Teilnahme an den Protesten zu bewegen. Ein Beispiel ist ein Report, welcher aussagt, dass ein Student bei der Räumung des Maidan am 30. November 2013 vom Militär ermordet worden sei. Später kam heraus, dass der Student lediglich ein paar Tage im Kreise seiner nationalistischen Freunde verbracht hat und seine Familie schlicht nichts davon wusste. Provokante Fehlinformierungen wie diese wurden öfters wiederholt und durchweg von den Medien der Oligarchie aufgebauscht.

Aber es waren nicht nur die Fernsehsender der Oligarchie, die benutzt wurden um die Masse der Kiewer Bewohner_innen zu den sonntäglichen „Mahnwachen“ auf dem Maidan zu bewegen. Es wurde eine breit angelegte, gut organisierte Kampagne der Hetze durchgeführt; das Verteilen von Protestaufrufen an alle 4 Millionen Kiewer Briefkästen mit inbegriffen.

Die Spitzenkräfte des Maidan, welche dauerhaft präsent waren und an Kämpfen mit dem Militär und der Polizei teilnahmen, bestanden aus militanten Neonazis (hauptsächlich aus Fußballhooligans) und aus arbeitslosen Menschen aus dem Westen und der Mitte des Landes. Diese Menschen lebten einige Monate auf dem Maidan und wurden dabei mit Geldern und Essen unterstützt. Diese durchorganisierte Finanzierung des Maidan zeugt von einer Beteiligung durch die ukrainische Oligarchie. Die

Gelder wurden von den drei Oppositionsparteien und von NRO's verwaltet und direkt an paramilitärische Neonazi-Gruppen weitergeleitet.

Anfang Dezember wurde die nationalistische Richtung der Maidan-Bewegung offensichtlich. Borotba dazu in einer Mitteilung:
Der zweifellose Erfolg der Nationalisten ist maßgeblich ihrem hohen Aktivismus geschuldet; sie haben es geschafft die ideologische Herrschaft im Euromaidan zu übernehmen. Hinweise dafür finden sich in den Slogans der auf dem Platz versammelten Massen. Darunter sind Rufe wie „Ehre der Ukraine – Ehre den Helden!" und das Ausstrecken des rechten Armes – der Gruß der ukrainischen Nationalisten vom April 1941. Andere Parolen sind „Ehre der Nation – Tod ihren Feinden!" und „Ukraine über alles!" (eine Übernahme des deutschen „Deutschland über alles"). Bei andern Oppositionsparteien fehlen klare ideologische Linien oder Parolen – als Resultat akzeptierten die Oppositionsliberalen die nationalistische Agenda. Alle verzweifelten Versuche des liberalen Flügels die Bewegung, z. B. durch das Skandieren politisch korrekterer Phrasen, von der nationalistischen Ideologie wegzulenken, scheiterten kläglich. Das liegt aber nicht nur an dem geeinten, ideologischen Auftreten der Nationalisten, sondern auch am Fehlen eines klaren Aktionsprogramms seitens der liberalen Mehrheit. Durch diese Situation konnten die Nationalisten, als aktivstes und radikalstes Element, die Avantgarde der Bewegung übernehmen.

Ein weiteres Zeichen für eine ultrarechte Dominanz war die Zerstörung der Lenin-Statue auf dem Bessarabien-Platz durch Euromaidan-Aktivisten. Dieser barbarische Akt wurde seitens des liberalen Flügels des Maidan nicht verurteilt. Bruchstücke des Monuments wurden unter Zustimmungsrufen der Masse auf dem Maidan präsentiert.

Die anti-linke und anti-kommunistische Richtung der Maidan-Bewegung zeigte sich auch als die Levin-Brüder – zwei Aktivisten von Borotba – in der Nähe des Maidan bei einer Gewerkschaftskundgebung zusammengeschlagen wurden. Den Brüdern wurde vorgeworfen unter einer roten Fahne gestanden zu haben. Rufe forderten sie lautstark zum Verlassen des Podiums auf. Die „Vergeltungsmaßnahme" ging von Miroschnitschenko aus, einem Parlamentarier von Swoboda. Bis Januar waren die ideologischen und

politischen Inhalte des Maidan für jede*n unvoreingenommene*n BeobachterIn offensichtlich. Zu diesem Zeitpunkt charakterisierten wir das Ganze als „einen liberal-nationalistischen Aufstand mit zunehmend bemerkbarer Beteiligung der offen nationalsozialistischen Elemente des rechten Sektors“.

Der Kern des Maidan setzte sich somit aus militanten Neonazis und AktivistenInnen der Oppositionsparteien zusammen. Wer war also das „Fleisch“ des Euromaidan? Wer waren die Tausenden, die die Bewegung unterstützten?

Von den DemonstrantInnen war ungefähr die Hälfte der AktivistInnen aus anderen Regionen. Von den Befragten einer Umfrage, die am Maidan durchgeführt wurde, lebten 50% in Kiew und 50% kamen aus anderen Regionen. Von den Letztgenannten waren 52% aus der Westukraine, 31% aus den zentralen Provinzen und nur 17 % aus dem Süd-Osten. Von denen, die ständig auf dem Platz waren, waren mit 17% überproportional viele UnternehmerInnen dabei. Russisch sprechende Menschen waren mit 16% unverhältnismäßig wenige, wenn man die Zahl mit der der Gesamtbevölkerung vergleicht. Dort sprechen 40-50% russisch. Eine eindeutige Vorstellung von der sozialen Physiognomie des Maidan kann man aus der Tatsache folgern, dass unter den „himmlischen hundert“, den Menschen die auf dem Maidan umkamen, nicht eine*n einzige*r ArbeiterIn war.

Der Euromaidan ist somit von den größten Oligarchen initiiert und kontrolliert. Seine politische Basis bestand aus radikalen Nationalisten und zu einem kleinen Teil aus pro-westlich Liberalen. Seine soziale Basis bestand aus kleinbürgerlichen und deklassierten Elementen.

Im Gegensatz dazu ist die Widerstandsbewegung im Süd-Osten in seiner Gesamtheit mehr proletarisch und unabhängiger als die unabhängigen Beobachter feststellten. Ebenso wenig ist es ein Zufall, dass der Widerstand gegen die Junta von Oligarchen und Nazis, die durch den Maidan an die Macht kamen, vor allem in den industriell entwickelten Regionen, in denen es ein Übergewicht der Arbeiterklasse in der Bevölkerung gibt, wächst.

aus dem Englischen übersetzt von [’solid] / Revolution Fulda

Link zum Originaltext mit Quellenverweisen: http://borotba.org/a_class_analysis_of_the_ukrainian_crisis.html